

Dear Sir or Madam,

Please find enclosed the **position paper of the DIHK** (Deutscher Industrie- und Handelskammertag - Association of German Chambers of Industry and Commerce) **on the State Aid Action Plan - Less and better targeted State Aid: A roadmap for state aid reform 2005 - 2009** of the Directorate General Competition of the European Commission.

The Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK) is the central organisation for 81 chambers. All German companies registered in Germany, with the exception of handicraft businesses, the liberal professions and farms, are required by law to join a chamber. Thus, the DIHK speaks for more than three million entrepreneurs. They include not only big companies but also retailers and innkeepers. It does not represent any specific corporate group but all commercial enterprises in Germany.

Thanking you in advance for taking our comments and suggestions into account.

Yours sincerely,

Stephan Wimmers

Dr. Stephan Wimmers

Leiter des Referates "Europäische Wirtschaftspolitik, Grundsatzfragen der Industrie" im Bereich
"Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Standort"

Deutscher Industrie- und Handelskammertag
19 A - D, Avenue des Arts
B- 1000 Bruxelles

Tel.: ++32.2.286.1661 Fax: ++32.2.286.1605

Stellungnahme zum Aktionsplan Staatliche Beihilfen: „Weniger und besser ausgerichtete staatliche Beihilfen - Roadmap zur Reform des Beihilferechts 2005-2009“

Eine Reform der europäischen Beihilfenpolitik hält der DIHK für richtig. Der DIHK befürwortet ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Wirtschaftssystem. Die Allokation der Ressourcen geschieht in einem solchen System grundsätzlich über die im Wettbewerb und auf Märkten frei gebildeten Preise. Da ein auf funktionsfähigen Märkten basierendes Wirtschaftssystem im Allgemeinen effiziente Ergebnisse erzielt, sind staatliche Eingriffe – insbesondere den Wettbewerb beschränkende und beeinflussende Beihilfen – prinzipiell zu vermeiden. In offenen marktwirtschaftlichen Systemen findet aber ein permanenter Strukturwandel statt. In der gegenwärtigen Phase der Globalisierung verstärkt sich dieser Prozess sogar. Vor dem Hintergrund des Strukturbruchs in den neuen Bundesländern und den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas potenziert sich diese Entwicklung aus deutscher Sicht sogar. Dabei kommt es u.a. zu einer verstärkten Anzahl von Firmeninsolvenzen und zu Verlusten von Arbeitsplätzen. Beihilfen können in diesem Zusammenhang dem Zweck dienen, neue Strukturen aufzubauen bzw. allzu harte Auswirkungen des Wandels auf die Bürger abzumildern – das hält auch der DIHK unter bestimmten Voraussetzungen zumindest für einen begrenzten Zeitraum für richtig.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist die Spitzenorganisation der 81 Industrie- und Handelskammern. Alle deutschen Unternehmen im Inland - ausgenommen Handwerksbetriebe, freie Berufe und landwirtschaftliche Betriebe - sind per Gesetz Mitglied einer Industrie- und Handelskammer. Folglich spricht der DIHK für über drei Millionen Unternehmer. Mitglied in der Kammerorganisation sind Unternehmen aller Größen und Branchen: der internationale Konzern ebenso wie der mittelständische Inhaber-Unternehmer. Er ist nicht die Vertretung einer bestimmten Gruppe von Unternehmern, sondern Repräsentant der gesamten gewerblichen Wirtschaft in Deutschland.

The Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK) is the central organisation for 81 chambers. All German companies registered in Germany, with the exception of handicraft businesses, the liberal professions and farms, are required by law to join a chamber. Thus, the DIHK speaks for more than three million entrepreneurs. They include not only big companies but also retailers and innkeepers. It does not represent any specific corporate group but all commercial enterprises in Germany.

Brüssel, den 15. September 2005

B3/Wim

A. Vorbemerkung

Eine Reform der europäischen Beihilfenpolitik hält der DIHK für richtig. Der DIHK unterstützt die Europäische Kommission in ihrem Vorhaben, Regeln für weniger und bessere Beihilfen zu entwickeln. Um gemäß ihres gesetzlichen Auftrags bei ihrer Meinungsbildung die Interessen der Unternehmen verschiedener Regionen, Branchen und Größenklassen ausgleichend zu berücksichtigen, befürwortet die deutsche IHK-Organisation ein präzises Beihilferecht, das Wettbewerbsverzerrungen möglichst vermeidet.

B. Wie steht der DIHK zu Beihilfen?

Der DIHK befürwortet ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem. Die Allokation der Ressourcen, die Entdeckung und Verbreitung neuen Wissens geschieht in einem solchen System grundsätzlich über die im Wettbewerb und auf Märkten gebildeten Preise. Da ein auf funktionsfähigen Märkten basierendes Wirtschaftssystem effiziente Ergebnisse im Allgemeinen erzielt, sind staatliche Eingriffe – insbesondere den Wettbewerb beschränkende und beeinflussende Beihilfen – prinzipiell zu vermeiden. In einem solchen System ist es Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen für funktionierende Märkte zu schaffen – und zwar mit Hilfe der Ordnungspolitik.

Eingriffe in die Märkte – z.B. über Beihilfen – lassen sich in marktwirtschaftlichen Systemen aufgrund zweier Tatbestände begründen. Zum einen kann staatliche Einflussnahme im Falle von Marktversagen dann sinnvoll sein, wenn durch Beihilfen bessere Marktergebnisse zustande kommen. Zum anderen kann es sein, dass die Ergebnisse von Marktprozessen gesellschaftspolitisch unerwünscht sind und Beihilfen diese Probleme lindern.

I. Marktversagen

Marktversagen kann z.B. auftreten, wenn

1. wirtschaftliche Prozesse mit externen Effekten (positive (z.B. urheberrechtlich nicht geschützte Grundlagenforschungserkenntnisse) sowie negative (z.B. vom Verursacher nicht zu tragende Umweltschäden)) verbunden sind,
2. unvollkommene Marktstrukturen auftreten (Monopole, Oligopole),
3. zwischen den Marktteilnehmern unvollkommene Informationen (asymmetrische Informationen, nicht vollständige Informationen) herrschen,
4. öffentliche Güter in Betracht gezogen werden und
5. Unteilbarkeiten der Güter eine Rolle spielen.

Das Marktversagen kommt in diesen Fällen darin zum Ausdruck, dass im Vergleich mit einer effizienten Allokation der Ressourcen entweder ein Überangebot oder eine

Unterversorgung mit Gütern und Dienstleistungen resultieren kann. Allerdings ist es mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, Marktversagen nachzuweisen, wenn man die optimale, effiziente Versorgung nicht kennt. Darüber lassen sich zumeist nur vage Vermutungen anstellen.

Nichtsdestotrotz haben sich traditionell Mechanismen und Verhaltensmuster zwischen Marktteilnehmern herausgebildet, mit denen nachteilige Auswirkungen des Marktversagens abgemildert werden können. Dazu gehören z.B. die Zuweisung von Eigentumsrechten mit anschließenden Verhandlungen über die Internalisierung externer Effekte und das Signalisieren von Qualitätsmerkmalen bei asymmetrischer Information. Zudem hat der Staat Regelwerke in Kraft gesetzt, die z.B. bei unvollkommenen Marktstrukturen wirksam werden (Kartellrecht). Auch gibt es eine staatlich organisierte Landesverteidigung, eine Grundversorgung mit öffentlichen Gütern (z.B. öffentliche Schulen, staatlich finanzierte Grundlagenforschung) sowie Regeln für Vertragsverhandlungen bei asymmetrischer Information (z.B. im Kreditgeschäft).

Wie sind vor diesem Hintergrund staatliche Beihilfen zu bewerten? Ziel der Beihilfen müsste eine Verbesserung der Allokation der Ressourcen sein. Voraussetzung dafür wäre zunächst, die effiziente Allokation zu kennen. Dies entzieht sich aber weitgehend der Kenntnis des Staates. Beim Einsatz von Beihilfen kann der Staat deshalb nie sicher sein, dass eine Verbesserung stattfindet und er nicht vielmehr über das Ziel hinaus schießt – Staatsversagen bzw. Wettbewerbsverzerrungen sind somit nicht auszuschließen. Dann schafft der Staat möglicherweise eine weit ineffizientere Allokation als der Markt.

Der DIHK ist deshalb der Auffassung, dass Beihilfen einer anderen Legitimation als der des Marktversagens bedürfen. Hinzu kommt, dass der Staat, bevor er auf Beihilfen zurückgreift, eine ganze Reihe von Möglichkeiten ergreifen kann, die dafür sorgen, dass Märkte richtig funktionieren können. Dazu gehört die Schaffung von guten Standortbedingungen genauso wie Deregulierung und Liberalisierung.

II. Gesellschaftlich unerwünschte Ergebnisse von Marktprozessen

In offenen marktwirtschaftlichen Systemen findet ein permanenter Strukturwandel statt. In der gegenwärtigen Phase der Globalisierung verstärkt sich dieser Prozess sogar. Vor dem Hintergrund des Strukturbruchs in den neuen Bundesländern und den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas potenziert sich diese Entwicklung aus deutscher Sicht sogar. Dabei sind die stattfindenden Anpassungen durchaus sinnvoll: Sie dienen einer besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen und ermöglichen Spezialisierungsvorteile in der internationalen Arbeitsteilung – in einer mittelfristigen Sicht zum Vorteil aller. Dementsprechend sollten die Veränderungen akzeptiert und keinesfalls behindert werden – Beihilfen sind insofern im Grundsatz nicht erforderlich.

Im Strukturwandel kommt es aber u.a. zu Firmeninsolvenzen und Verlusten von Arbeitsplätzen. Gravierende Folgen wie z.B. der Verlust der Existenz für Einzelne werden im Allgemeinen durch sozialpolitische Maßnahmen aufgefangen. Erst wenn vergleichbare Maßnahmen nicht mehr greifen, können Beihilfen in diesem Zusammen-

hang dem Zweck dienen, neue Strukturen aufzubauen bzw. allzu harte Auswirkungen des Wandels auf die Bürger abzumildern – das hält auch der DIHK zumindest für einen begrenzten Zeitraum für richtig. Die Beihilfen müssen dann aber degressiv ausgestaltet sein und zeitlich befristet werden.

Keinesfalls aber ist es sinnvoll, veraltete Strukturen vor dem notwendigen Wandel zu schützen und zu lange aufrecht zu erhalten. Beispielsweise können Beihilfen den Wettbewerb mit Entwicklungs- und Schwellenländern, die aufgrund dortiger geringerer Löhne kostengünstig Produkte anbieten können, nur unter Einsatz sehr hoher Kosten verringern. Standorte mit hohen Produktionskosten können sich in einem solchen Wettbewerb nur mit höherer Produktivität, d.h. auch durch eine kapitalintensive Produktion sowie durch ausreichende Innovation bei den Gütern und Prozessen, behaupten. Auch das häufig benutzte Argument der nationalen Sicherheit hält einer Prüfung nicht stand: damit ließe sich letztlich jede Beihilfe begründen. Zudem ist – aus Wettbewerbsgesichtspunkten – die Förderung von Schlüsselindustrien zur Überwindung von Markteintrittsbarrieren letztlich fraglich. Denn über die zukünftige Bedeutung von Sektoren lassen sich allenfalls Vermutungen anstellen. Bei der Subventionierung von Schlüsselindustrien besteht letztlich die Gefahr, dass sich die Staaten oder Wirtschaftsräume auf einen Subventionswettlauf einlassen, an dessen Ende zumeist alle Beteiligten schlechter gestellt sind.

III. Allgemeine Anforderungen des DIHK an eine Beihilfenpolitik

Der DIHK befürwortet eine strenge Beihilfenkontrolle. Die Kontrolle sollte kosteneffizient durchgeführt und nicht durch den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen zu übermäßigem Mehraufwand führen. Zudem ist eine Transparenz für Beihilfeverfahren weiterhin zu gewährleisten, wobei es aber nicht zur Preisgabe von schützenswerten betrieblichen Geheimnissen kommen darf. Insbesondere muss vermieden werden, dass einzelne Mitgliedstaaten mit den Beihilfen gezielte Standortpolitik zum Nachteil benachbarter Regionen führen.

Insgesamt sind Leitlinien zum besseren Verständnis und angesichts des Prinzips der Legalausnahme erforderlich. Beihilfen im Bereich der Daseinsvorsorge sollten auf den Ausgleich der Mehrkosten, die durch Erfüllung der Aufgabe von öffentlichem Interesse entstehen, beschränkt sein.

Verhinderung von Dauerstrukturen

Beihilfen dürfen nicht langfristig festgeschrieben werden. Der Gesetzgeber muss in der Lage sein, rasch auf ökonomische, regionale und demographische Veränderungen reagieren und die Beihilfengewährung an die geänderten Umstände anpassen zu können.

Reduzierung der Verfahrensdauern

Die Kommission drängt auf eine Verkürzung der Verfahrensdauern und eine Straffung des Verwaltungsverfahrens. Der DIHK befürwortet das Anliegen der Kommissi-

on, die Verfahrensdauern zu verkürzen. Hierzu ist es allerdings nicht ausreichend, interne Verfahrensabläufe bei Kommission und nationalen Behörden zu optimieren. Unumgänglich ist darüber hinaus eine grundlegende Überarbeitung und Vereinfachung des Beihilfeverfahrens. Dabei ist sicherzustellen, dass die bisherigen Überprüfungs- und Genehmigungsbefugnisse bei der Kommission verbleiben und nicht auf die Mitgliedstaaten übergehen.

Anhebung der „de minimis“-Obergrenze

Die Kommission schlägt eine Anhebung der Obergrenze der „de minimis“-Beihilfen vor, da hierdurch Verfahrensdauern und Verwaltungsaufwand reduziert werden könnten. Nach der Kommissions-Mitteilung vom 6. März 1996 gelten als „de minimis“-Beihilfen die Beihilfen, die von einem Mitgliedstaat an ein Unternehmen vergeben werden und deren Betrag als geringfügig anzusehen ist. Dieses ist der Fall, wenn der Gesamtbetrag der „de minimis“-Beihilfen über einen Zeitraum von drei Jahren 100.000,- € nicht überschreitet. Der „de minimis“-Betrag stellt rechtlich keine staatliche Beihilfe dar, so dass die EU-Wettbewerbsregeln nicht anwendbar sind. Die Freistellung von geringfügigen Unternehmensbeihilfen von den komplexen EU-Wettbewerbsregeln ist aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und Praktikabilität nachvollziehbar. Der DIHK schlägt vor, den „de minimis“-Betrag auf 120.000 € zu erhöhen, um einem Inflationsausgleich Rechnung zu tragen.

Stärkere Kontroll- und Sanktionsbefugnisse der Kommission

Die Einhaltung der Beihilfevorschriften sowie die ordnungsgemäße Durchführung der Kommissionsentscheidungen sind von zentraler Bedeutung. Leider bestehen in diesem Bereich, insbesondere bei der Rückforderung zu Unrecht gewährter Beihilfen, große Defizite. Diese können nur beseitigt werden bei

- einer Ausweitung der Kontrollbefugnisse der Kommission gegenüber den Mitgliedstaaten und
- einer Verstärkung des Sanktionsinstrumentariums bei Nichtbefolgung.

C. Zu einzelnen Passagen des Aktionsplans

I. Forschung und Innovation

Die Umlenkung der Mittel zugunsten von Forschung und Innovation, wie sie der Europäische Rat im März 2005 gefordert hat, ist ein richtiger Ansatz. Der DIHK teilt die Auffassung der Kommission, dass die künftige Wirtschaftsentwicklung Europas vorrangig von Wissen und Innovation abhängt. Entscheidend wird aber sein, das Wissen in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Eben dies sollte die Kommission bei ihrer geplanten Mitteilung zu staatlichen Beihilfen und Innovation als wichtige Leitlinie berücksichtigen.

Eine Prüfung der Möglichkeiten, mit welchen Fördermaßnahmen mehr Innovationen im gemeinsamen Interesse angeschoben werden können, ist sinnvoll. Dies gilt auch für die von der Kommission mit besonderer Aufmerksamkeit bedachten Förderung von KMU, Intermediären (z.B. Cluster, Technologiezentren) und hoch qualifizierten Forschern. Bei der Förderung von Intermediären sollte geprüft werden, ob nicht vorhandene Strukturen effektiver genutzt werden können, z.B. durch Abschaffung von Parallelstrukturen und Konzentration auf Wachstumskerne.

Die Anpassung des Gemeinschaftsrahmens für Forschung und Entwicklung im Hinblick auf die Ziele von Lissabon ist konsequent. Eine stärkere Berücksichtigung der Prioritäten der europäischen FuE-Politik darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht zu einer Aushebelung des Subsidiaritätsprinzips führen.

Öffentlich-private Partnerschaften im FuE-Bereich erkennt die Kommission zutreffend als ein wichtiges Feld für mehr Innovationen, und damit potenziell auch für die Beihilfenpolitik. Nicht ersichtlich ist, in welcher Form und warum die Kommission dabei Fragen des geistigen Eigentums regeln will. Die Schaffung eines Beihilferahmens für FuE und Innovation ist sinnvoll, wenn damit eine Vereinfachung und mehr Transparenz geschaffen werden. Der DIHK unterstützt ausdrücklich das Ansinnen der Kommission, bestimmte Beihilfearten von der Meldepflicht auszunehmen, wenn es dafür klare Kriterien gibt.

II. Klarere Schwerpunktsetzung durch Vereinfachung und Konsolidierung der Gruppenfreistellungsverordnung

Die Ausarbeitung einer allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, nach der bestimmte Beihilfekategorien von der Anmeldepflicht freigestellt werden, ist sinnvoll und sollte wie von der Kommission vorgeschlagen auch für den Bereich der Regionalbeihilfen überprüft werden. Allerdings müssen die Ausnahmen transparent und klar verständlich formuliert werden. Das von der Kommission angestrebte neue System, das in diesen Ausnahmefällen den Mitgliedstaaten mehr Verantwortung bei der Überprüfung und Gewährung von Beihilfen übertragen will, kann nur dann unbürokratisch, gerecht und nachvollziehbar funktionieren, wenn die Ausnahmen klar definiert sind. Ein größerer Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten darf nicht zu Rechtsunsicherheit führen.

Soweit es um die Beträge geht, bei denen Freistellungen erfolgen sollen, ist eine Überprüfung des jetzigen Maximalbetrags zu begrüßen. Eine Erhöhung, die in einem überschaubaren Rahmen bleibt, würde den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität gewähren und die Verfahren bei der Gewährung von Subventionen in kleinerem Umfang durch den Verzicht auf aufwendigen Notifizierungsverfahren deutlich beschleunigen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen könnten hiervon profitieren.

III. Eine gezielte Politik im Bereich der Regionalbeihilfen

Die Reform der Beihilfenpolitik ist in engem Zusammenhang mit der Reform der Strukturförderung 2007 - 2013 zu sehen. Bei beiden Reformvorhaben ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem bisherigen System auch vor dem Hintergrund der Osterweiterung und den veränderten regionalen Gegebenheiten in der EU-25 notwendig.

Bei der Neuausrichtung der staatlichen Beihilfen muss auch für den Bereich der Regionalbeihilfen grundsätzlich geprüft werden, ob eine Verringerung des Regionalgefälles in Europa und nachhaltiges Wachstum in den Regionen nicht durch andere Maßnahmen als durch Beihilfen erreicht werden können. Wachstumsimpulse müssen durch Investitionen unter anderem in wirtschaftsnahe Infrastruktur gesetzt werden. Durch eine generelle Absenkung der Fördersätze ist das Beihilfenniveau in der EU insgesamt zu senken. Dadurch kann auch das Fördergefälle an Staatsgrenzen abgemildert werden.

Der Vorschlag der Kommission, Investitionsbeihilfen für Großunternehmen insgesamt sparsam und vorrangig in den am wenigsten entwickelten Regionen einzusetzen, ist zu begrüßen und entspricht der grundsätzlichen Forderung des DIHK nach einer stärkeren Konzentration der Mittel. Durch die gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsentwurf gewählte Formulierung („...in erster Linie...“) bleiben Investitionsbeihilfen für große Unternehmen aber grundsätzlich auch außerhalb der am wenigsten entwickelten Regionen möglich. Damit soll den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Entscheidung über die Förderung gewährt werden. Der von der Kommission gewählte Ansatz ist aber stark zu kritisieren, denn er bedeutet eine Aufweichung der für die Regionalbeihilfen geltenden Grundsätze. Grundsätzlich kann jede Beihilfe wettbewerbsverzerrend wirken und darf deswegen nur unter bestimmten, eng beschriebenen Voraussetzungen ausnahmsweise gewährt werden, um Entwicklungs- und Beschäftigungsimpulse in besonders strukturschwachen Regionen zu bewirken. Wenn von diesen Grundsätzen abgewichen werden soll und auch Regionen mit Beihilfen subventioniert werden können, die gerade nicht zu den am wenigsten entwickelten Gebieten gehören, muss dies klar und überzeugend begründet werden. Eine Begründung liefert die Kommission in ihrem Vorschlag aber nicht. Zu befürchten ist, dass durch Beihilfen für Großinvestitionen außerhalb der besonders strukturschwachen Gebiete der Lenkungseffekt zugunsten der ärmsten Gebiete unterminiert wird.

IV. Beihilfen für eine umweltverträgliche Entwicklung

Die in der Roadmap beschriebenen Vorteile von Umweltschutz: „Erschließung neuer Märkte“ und „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ durch verbesserten Ressourcen-

und Mitteleinsatz erschließen sich nicht automatisch. Umweltschutz zielt zwar zu-
meist auf eine Verknappung des Ressourceneinsatzes ab; die Wettbewerbsfähigkeit
erhöht sich aber nur dann, wenn die Anpassungspflichten bei allen Marktbeteiligten
gleichzeitig und in gleichem Umfang entstehen – und so dem first Mover mithin Vor-
teile entstehen können. Soweit Beihilfen dazu beitragen, die Anpassungsreaktion bei
einzelnen Unternehmen zu verzögern oder bei Marktbeteiligten finanziell abzufedern,
wird geradezu ein Wettbewerbsnachteil geschaffen.

Auch neue Märkte erschließen sich nicht von selbst. Wenn Europa Kohlendioxid ver-
knappt und den Verbrauch über Zertifikate steuert, während wichtige Partnerländer
dies nicht tun, werden sich die in Europa entwickelten Lösungen in Partnerländern
auf lange Sicht nicht durchsetzen. Daher fordert der DIHK dazu auf, durch gezielte
Umweltaußenpolitik die beschriebene „Dividende“ auch zu erschließen, statt sie als
gegeben zu unterstellen.

Beihilfen sind, auch soweit sie dem Umweltschutz dienen sollen, Teil einer Gesamt-
strategie zur Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Zu bewerten sind sie
daher auch nur im Einzelfall. Bei der Bewertung sind zu berücksichtigen:

- die Schwere und Tragweite des zu lösenden Umweltproblems,
- die zu Gebote stehenden Regelungsmodelle,
- die zu erwartenden Anpassungsschwierigkeiten der Unternehmen (auch aus-
gelöst durch die Strenge der Umweltvorschrift),
- die Implementierungsgewinne, die sich aus der Förderung von neuer Umwelt-
technologie oder deren Anwendung erzielen lassen.

Im Grundsatz sollten die Vorschriften so gestaltet werden, dass sich Anpassungen
ohne die Notwendigkeit von Beihilfen erzielen lassen. Die Freistellung ganzer Berei-
che von Fördermaßnahmen im Wege der Gruppenfreistellung erscheint aus aktueller
Sicht nicht erforderlich.

Dr. Astrid Hagenah, Dr. Herrmann Hüwels, Dr. Tobias Jäger, Hildegard Reppelmund,
Dr. Gabriele Rose, Dr. Volker Treier, Guido Vogt, Dr. Stephan Wimmers